

EBD-Prioritäten 2024/25

Beschlussvorlage zur Mitgliederversammlung
am **14. Oktober 2024**

Begründung

Als größtes Netzwerk für Europapolitik in Deutschland fördert die Europäische Bewegung Deutschland (EBD) e. V. den gesellschaftlichen Dialog zur europäischen Integration und zu den Themen der EU-Agenda. Die Grundlage ihrer Arbeit bilden die EBD-Politik, die die inhaltlichen Schnittmengen des Netzwerkes widerspiegelt, und die Prioritäten, die die gemeinsame Politik auf zentrale Kernforderungen konzentrieren.

In Zeiten des Krieges, eines Angriffs auf die demokratische internationale Ordnung, der Verteidigung der liberalen Demokratie und des Klimawandels und seinen katastrophalen Auswirkungen sind die Herausforderungen für eine alleinige nationalstaatliche Politik zu groß. Deutschland muss daher seine Handlungsräume in der europäischen Politik – die Europäische Union (EU) und den Europarat – in ihrer Effizienz und demokratischen Legitimität stärken.

Wir möchten daher den politischen Diskurs zum Wettbewerb der Ideen über Deutschlands Handlungsfähigkeit mit und in der EU machen. Nachdem die reformmüden Mitgliedstaaten im Rat der EU die zielführenden Vorschläge der Konferenz zur Zukunft Europas blockierten, ist nun höchste Zeit, über die Wahlen mit den Bürgerinnen und Bürger in die Debatte zur Gestaltung der Europapolitik zu kommen und Akzente für die nächste fünfjährige Agenda der EU-Kommission und dem Europäischen Parlament zu setzen. Die Themensetzung des Europäischen Grünen Deals durch die letzte Europawahl und die hohe Beteiligung ermutigen uns, dass diese öffentlichkeitswirksame Initialwirkung wieder gelingen kann. Vor diesem Hintergrund werden wir uns 2024/2025 auf die folgenden Kapitel der EBD-Politik fokussieren und werben verstärkt bei unseren Mitgliedsparteien, diese Empfehlungen in ihre Wahlprogramme für die Bundestagswahl 2025 aufzunehmen.

Prioritäten 2024/25 sind laut Beschluss der Mitgliederversammlung vom 14. Oktober 2024:

- **Die europäischen Werte und Grundrechte achten:** Die EU muss ihre Instrumente zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten konsequent anwenden, das Grundrechtverfahren nach Artikel 7 EUV reformieren und ihrer gemeinsamen Verantwortung zum Schutz der in Artikel 2 EUV festgesetzten Werte gerecht werden. Ebenso muss sich die Bundesregierung für eine Stärkung der zuständigen Institutionen in der EU und des Europarates wie auch der Synergien untereinander einsetzen.

Grundsätzlich ist darauf hinzuwirken, dass Frauen und Männer angemessen im Europäischen Parlament repräsentiert sind. Die EU-Geschlechtergleichstellungspolitik ist zu berücksichtigen.

- **Parlamentarismus und pluralistische Demokratie stärken:** Die deutsche Bundesregierung muss die parlamentarische Demokratie in der EU fortentwickeln und gleichzeitig den Europarat in seiner Handlungs- und Demokratiefähigkeit stärken. Ebenso muss die EU als Ganzes Pluralismus, Pressefreiheit und Meinungsvielfalt auf allen Ebenen fördern und den Einfluss von Digitalisierung auf demokratische Debattenkultur selbstbestimmt gestalten.
- **EU-Rechtsetzung transparent gestalten:** Europäisches Parlament, EU-Kommission und insbesondere der Rat müssen ihre Entscheidungen für alle Beteiligten transparent gestalten, Dokumente offenlegen sowie Verantwortlichkeiten klarer benennen und Transparenz für Interessensvertretung gewährleisten.
- **Deutsche Europapolitik strategischer und stringenter ausrichten:** Die deutsche Europakoordinierung sollte sich durch Kohärenz und demokratische Einbindung auszeichnen. Die Bundesregierung sollte ihr Versprechen aus dem Koalitionsvertrag hinsichtlich einer stringenteren Europakoordinierung einhalten und sich für eine deutsche Europapolitik aus einem Guss einsetzen. Diese sollte fachliche wie auch diplomatische Expertise bündeln und sich durch Mut für europäische Impulse, klare Verantwortungsstrukturen und parlamentarische wie auch gesellschaftliche Mitwirkung auszeichnen. Die deutsche Europapolitik muss die Expertise von Verbänden und Vereinen durch eine *Europäische Public Diplomacy* noch stärker nutzen.
- **EU-Haushalt und -Fiskalrahmen zukunftsfest und demokratisch weiterentwickeln:** Die EU sollte den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021-27 mit dem Wiederaufbauinstrument *NextGenerationEU* in Zukunftsaufgaben entlang gesamteuropäischer Prioritäten und Werte investieren und zur Refinanzierung von *NextGenerationEU* neue Eigenmittel schaffen. Ebenso sollte die EU parlamentarische wie auch gesellschaftliche Kräfte und die kommunale und Länder-Ebene in die Verhandlungen des nächsten MFR als auch weitere Reformen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes besser einbezogen werden. Ziel muss es sein, die sozial-ökologische Transformation als Lösungsweg für ein resilientes Europa progressiv zu gestalten.
- **Grenzen in Europa abbauen:** Wir fordern die Bundesregierung auf, die europäische Integrationslandschaft proaktiv zu gestalten. Dies bedeutet EU-Beitritte voranzutreiben, Heranführungshilfen zur Stärkung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen in den (potenziellen) Kandidatenstaaten auszuweiten und den Dialog zusammen mit den gesellschaftlichen Kräften im Sinne der *Europäischen Public Diplomacy* zu forcieren. Ebenso müssen die EU-Mitgliedstaaten das Aushöhlen von Schengen unterbinden und grenzüberschreitende Kooperation fördern.
- **Migrations- und Asylpolitik auf Basis europäischer Werte gestalten:** In der Migrations- und Asylpolitik muss es eine europäische und nachhaltig tragende Lösung geben, die sich an den vertraglich verankerten, gemeinsamen Werten und Grundrechten orientiert. Daher begrüßen wir einerseits die beschlossene GEAS-Reform und fordern gleichzeitig dringende Nachbesserung insbesondere beim Thema

Menschenrechte zur verlässlichen Einhaltung der Genfer Flüchtlingskonvention und der UN-Kinderrechtskonvention ein. Die EU muss Fluchtursachen kohärent bekämpfen, legale Zuwanderungswege schaffen und den Grundwerten geflüchteter Menschen gerecht werden, um ihre Handlungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit zu sichern.

Der Vorstand aktualisiert den Beschluss der Mitgliederversammlung zu den EBD-Prioritäten, begründet anhand veränderter Rahmenbedingungen.

Vorstandsbeschlussvorlage MV 24